

Förderung demokratischer Bildung im K

Gastbeitrag von Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung



Am 29. Mai fand im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration eine offene Mitgliederversammlung der AJS zum thematischen Schwerpunkt „Radikalisierungsprävention als Angebot des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes“ statt. Für eine Keynote war der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung Thomas Krüger geladen. Das Manuskript seiner Rede wurde für diese Veröffentlichung im AJS FORUM aufbereitet und gekürzt.

Fast täglich erscheinen Umfragen, Studien und Analysen aller Art, die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen beschreiben. Dank dieser Studien wissen wir sehr viel über „die“ Jugend, ihre Interessen, ihre Probleme sowie ihre Ideen von der Zukunft. Immer deutlicher wird dabei, dass viele Kinder und Jugendliche ganz genaue Vorstellungen davon haben, wie unser Zusammenleben funktionieren soll.

Auch über ihre politischen Anspruchshaltungen gibt es Untersuchungen: etwa die des Opaschowski-Instituts für Zukunftsforschung, wonach Jugendliche sich bei gesellschaftlichen Fragen mehr Mitspracherecht wünschen. Spätestens seit der Fridays-for-Future-Bewegung nehmen wir aber auch jenseits demoskopischer Erhebungen wahr, dass sich hier eine Generation Gehör verschaffen will. „Die, die vorher Objekt einer Erziehung waren, werden zum souveränen Subjekt“, hieß es kürzlich in einem Artikel der Süddeutschen Zeitung. Natürlich kann jetzt nicht jeder Teenager das gesamte Grundgesetz zitieren. Und auch nicht jeder Clip der Youtuber*innen um Rezo hält einem Faktencheck bis zum letzten Spiegelstrich stand. Das lange vorherrschende Bild einer unpolitischen Jugend können wir

aber trotzdem getrost in den digitalen Papierkorb der Geschichte verschieben.

Wir als politische Bildner*innen, als Jugendschützer*innen, als Pädagog*innen und Sozialarbeiter*innen wissen das natürlich schon lange. Obwohl wir um das Potential und die Neugier der jungen Menschen wissen – wir erleben es ja auch in unserer beruflichen Praxis –, verstehen wir, und die, die uns von höherer Stelle das Wohl der Jugend anvertrauen, unsere Arbeit noch zu oft unter einem falschen Vorzeichen. Defizite, Risiken, Gefahren – in der öffentlichen Diskussion ist gerade von politischer Bildung meist erst dann die Rede, wenn bereits vermeintlich die demokratische Ordnung in Gefahr ist. Doch auch in Fachdiskursen verwischen immer wieder die Grenzen zwischen politischer Bildung und Präventionsarbeit mit dem Ziel der Verhinderung von Radikalisierung und Extremismus. Die beiden unterschiedlichen Ansätze beschreibt der Erziehungswissenschaftler Kurt Möller folgendermaßen:

„Während Prävention per definitionem einer Verhinderungslogik folgt, wird Demokratiebildung von einer Ermöglichungs- beziehungsweise Gestaltungslogik bestimmt. Geht es ersterer gleichsam aus der Defensive eines Bedrohungsszenarios heraus primär reaktiv um Vorbeugung und Vermeidung von Problemen, Gefährdungen und Gefahren, die als bedrohlich wahrgenommen und eingestuft werden, strebt letztere eher proaktiv und offensiv gewendet die Befähigung zum aktiven Erhalt und zur Fortentwicklung von demokratischen Verhältnissen an.“

Der politischen Bildung – und für den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz ist das ebenso der Fall (siehe

»Das lange vorherrschende Bild einer unpolitischen Jugend können wir getrost in den digitalen Papierkorb der Geschichte verschieben.«

indes- und Jugendalter

Seite 6/7 im Heft) – geht es nicht um eine Verbotspädagogik, sondern um die Befähigung und Stärkung von Kindern und Jugendlichen in ihrer Lebenswelt. Die politische Bildung setzt hier stark auf Eigenverantwortung. Dieses positive Selbstverständnis und emanzipatorische Ideal gilt es in einer wachsenden Präventionslandschaft zu verteidigen.

Das bedeutet nicht, dass sich Prävention und politische Bildung per se ausschließen. Innerhalb der so genannten Primärprävention ist politische Bildung durchaus relevant. Es würde unsere Disziplin jedoch vor eine Zerreißprobe stellen, sollte die Rahmung der Primärprävention den Auftrag an die politische Bildung bestimmen. Versuche der Vereinnahmung sind vor allem unter dem Gesichtspunkt zu hinterfragen, inwiefern der Präventionsgedanke in Konflikt mit einem emanzipatorischen Ideal politischer Bildung steht. Die Professorin für Didaktik der politischen Bildung Sabine Achour macht in einem gemeinsamen Text mit Thomas Gill, dem Leiter der Landeszentrale in Berlin, auf den zentralen Unterschied zur Präventionsarbeit aufmerksam: „Politische Bildung sieht in ihren Teilnehmenden nicht die zukünftigen Feinde der Demokratie.“

Die Adressat*innen treten Bildungsangeboten nicht als potentielle Gefährder*innen gegenüber. Stattdessen begreift die politische Bildung ihre Zielgruppe als Partner*innen und Co-Produzent*innen von Inhalten und Praktiken mit der Idee, politische Mündigkeit sowie Urteils- und Handlungsfähigkeit zu fördern. Wissensvermittlung mit dem Ziel einer Förderung des Verständnisses für demokratische Prozesse und politische Zusammenhänge ist eine wichtige Facette der politischen Bildung. Zur Aufgabe der politischen Bildung gehört es aber ebenso, Räume anzubieten, in denen nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern alle Bürger*innen demokratische Teilhabe praktizieren können.

Während also die klassische, meist von Sicherheitsbehörden konzipierte und beaufsichtigte, Präventionsarbeit einseitig gesellschaftliche Normsetzungen als festes Gebilde auf die Subjekte projiziert, bietet die politische Bildung Räume der Auseinandersetzung. In einer Gesellschaft, die sich immer stärker pluralisiert und qua technologischer, ökonomischer und kultureller Transformationen singularisiert, gewinnt dieses Potential weiter an Bedeutung. Denn parallel zur Reproduktion der breiten Palette demokratischer Grundannahmen lässt die politische Bildung offen, wie genau der Rahmen im Einzelnen gesetzt werden kann. Sie ist inklusiv und möchte alle zur gleichberechtigten Teilhabe befähigen. Sie nimmt die kulturelle Bildung in den Blick, wobei hier sämtliche Prägungen kultureller

Praktiken in einen Dialog unter Gleichen treten sollen. Dabei spielen verstärkt Emotionen eine zentrale Rolle – die zwar zu den großen Herausforderungen der politischen Bildung gehören, jedoch auch aus der Perspektive der Möglich- und Mobilmachung her gedacht werden sollten.

Gemäß dem Beutelsbacher Konsens haben die Angebote nicht zum Ziel, Adressat*innen zu indoktrinieren, denn auch der Oktroyierung und folglich der blinden Übernahme demokratischer Prinzipien haftet ein autoritärer Beigeschmack an. An die Stelle der staatsbürgerlichen Erziehung treten Aushandlungsprozesse, die mitunter Reibung und Auseinandersetzungen zur Folge haben. In dieser auf Multiperspektivität und Kontroverse ausgelegten Praxis steckt viel Potenzial, und die Erwartungen sind hoch – gerade in Zeiten von Wandel und Umbruch. Politische Bildung kann nicht alles erfüllen, was ihr zugetraut wird, und sie kann schon gar nicht mit schnellen Maßnahmen Abhilfe schaffen. So hat politische Bildung nie funktioniert. Ihr Erfolg kann auch nicht an Entwicklungen von Kriminalitätsstatistiken abgelesen werden.

Vielleicht birgt aber das Konfliktpotential in der Vielfaltsgesellschaft und die Fähigkeit damit umzugehen gerade den Schlüssel für das, was seit einigen Jahren unter der Formel „gesellschaftlicher Zusammenhalt“ beschworen wird. Nicole Deitelhoff, Politikwissenschaftlerin an der Uni Frankfurt am Main, beschreibt den gesellschaftlichen Streit als verbindende Erfahrung eines heterogenen Kollektivs: „Die Auseinandersetzung ist ein Vehikel, über das wir immer wieder Zusammenhalt herstellen, weil wir über die Auseinandersetzung über Werte und Normen die Grenze unseres Zusammenlebens immer wieder neu festlegen.“

Den demokratischen Streit und die Kontroverse müssen wir im Sinne der politischen Bildung unter Kindern und Jugendlichen ebenso fördern. Wir müssen sie, an ihrem Umfeld und in ihrer Lebenswelt ansetzend, unterstützen, Wege und Instrumente der Teilhabe für sich zu nutzen. Wir verstehen sie nicht als Gefährder*innen. Uns geht es nicht darum, präventiv ihr Verhalten zu steuern oder Meinungsvielfalt einzuschränken. Wir müssen viel mehr bei uns selbst, als Bildungsinstitution, daran mitarbeiten, ihnen Zugang zu demokratischen Strukturen, Verfahren und Entscheidungsprozessen zu verschaffen und aufzuzeigen, um gemeinsam streiten und demokratische Kräfte freisetzen zu können. Wie Kurt Möller es beschrieben hat: Wir müssen uns auf die „Konstruktionsarbeit an der Demokratie“ konzentrieren – und das geht nicht ohne Kinder und Jugend. Statten wir sie mit dem entsprechenden Werkzeug aus.

»Der politischen Bildung geht es nicht um eine Verbotspädagogik, sondern um die Befähigung und Stärkung von Kindern und Jugendlichen in ihrer Lebenswelt.«



Thomas Krüger
(Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung)